

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Die Nichtigkeit der Willenserklärung und des Vertrags	1
1. Abschnitt: Die mangelnde Geschäftsfähigkeit	1
A. Die Geschäftsunfähigkeit	2
B. Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach § 105 Abs. 2	4
C. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	4
I. Wirksame Rechtsgeschäfte des Minderjährigen	5
1. Die Teilgeschäftsfähigkeit gemäß § 112 und § 113	5
2. Das lediglich rechtlich vorteilhafte Rechtsgeschäft gemäß § 107 und das neutrale Rechtsgeschäft	6
a) Für das Verfügungsgeschäft gilt	7
b) Verpflichtungsverträge	8
c) Gesamtbetrachtung von Verpflichtungs- und Verfügungsvertrag?	9
Fall 1: Geschenkte Belastung	9
d) Einseitige Rechtsgeschäfte	11
e) Neutrale Geschäfte	11
3. Die Einwilligung (§ 107)	13
4. Die Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts gemäß § 110	14
II. Unwirksamkeit einseitiger Rechtsgeschäfte und schwebende Unwirksamkeit von Verträgen	15
1. Einseitige Rechtsgeschäfte ohne erforderliche Einwilligung sind unwirksam (§ 111)	15
2. Verträge ohne erforderliche Einwilligung sind schwebend unwirksam	15
a) Genehmigung oder deren Verweigerung durch den gesetzlichen Vertreter (oder den volljährig Gewordenen) gemäß § 108	15
Fall 2: Günstige Briefmarkensammlung	16
b) Beendigung der schwebenden Unwirksamkeit durch Widerruf	18
D. Die gesetzliche Vertretung	18
I. Die Beschränkung der Vertretungsmacht gemäß §§ 1821, 1822 (§ 1643 Abs. 1)	19
II. Der Ausschluss der gesetzlichen Vertretung	20
1. Die nach (§ 1629 Abs. 2 S. 1) § 1795 Abs. 1 von der Vertretung ausgeschlossenen Rechtsgeschäfte	20
2. Das In-sich-Geschäft des gesetzlichen Vertreters, § 1795 Abs. 2, § 181 (§ 1629 Abs. 2. S. 1)	21
E. Die sonstigen Rechtshandlungen des nicht voll Geschäftsfähigen und die Zurechnung von Kenntnissen	21
■ Zusammenfassende Übersicht: Beschränkte Geschäftsfähigkeit	23
2. Abschnitt: Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gemäß §§ 134, 138	25
A. Der Gesetzesverstoß gemäß § 134	25
I. Verhältnis zu anderen Normen	25
II. Das Vorliegen eines Verbotsgesetzes	25
III. Der Verstoß gegen das Verbotsgesetz	26

IV. Die Rechtsfolgen des Gesetzesverstoßes	26
1. Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts	26
a) Der beiderseitige Verstoß gegen ein Verbotsgesetz	27
b) Der einseitige Verstoß	27
c) Beispiele	27
2. Der Umfang der Nichtigkeitsanordnung	30
B. Die Nichtigkeit gemäß § 138	31
I. Verhältnis des § 138 zu weiteren Normen	31
II. Die Nichtigkeit gemäß § 138 Abs. 2 – Wucher	32
1. Das auffällige Missverhältnis	32
2. Ausbeutung der Lage des Bewucherten	32
3. Die Rechtsfolgen des Wuchers	33
III. Die Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1	34
1. Der objektive Tatbestand der Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1	34
a) Missbräuchliche Ausnutzung einer Machtposition	34
b) Verstoß gegen die herrschende Rechts- und Sozialmoral	35
c) Wucherähnliche Rechtsgeschäfte, insbesondere Kreditverträge	35
d) Krasse finanzielle Überforderung bei der Kreditsicherung	37
e) Kollision einer Globalzession mit verlängertem Eigentums- vorbehalt	38
2. Der subjektive Tatbestand des § 138 Abs. 1	38
3. Beurteilungszeitpunkt	38
4. Rechtsfolgen	38
■ Zusammenfassende Übersicht: Verstoß gegen ein Verbotsgesetz, § 134; Wucher und Sittenwidrigkeit	39
3. Abschnitt: Das formbedürftige Rechtsgeschäft	40
A. Formerfordernisse	40
I. Die wichtigsten kraft Gesetzes formbedürftigen Rechtsgeschäfte	40
1. § 311 b Abs. 1 S. 1: Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb von Grundstücken	41
a) Übertragungs- bzw. Erwerbsverpflichtung	41
b) Umfang des Formerfordernisses	43
c) Abänderung, Ergänzung und Aufhebung	44
2. Das Formerfordernis aus § 766 S. 1	45
3. Weitere Formerfordernisse	45
II. Die vertraglich vereinbarte Form	46
B. Die Einhaltung der einzelnen Arten der Form	46
I. Die Voraussetzungen der gesetzlichen Schriftform gemäß § 126	47
II. Die Textform, § 126 b	48
III. Vereinbarte Schriftform, § 127 Abs. 2	49
IV. Die notarielle Beurkundung	49
V. Die öffentliche Beglaubigung	49
C. Die Rechtsfolgen des Formmangels	49
I. Nichtigkeit	50

1. Gesetzliche Form (§ 125 S. 1)	50
2. Vertraglich vereinbarte Form (§ 125 S. 2)	50
II. Die Heilung des Formmangels	50
1. Heilung gemäß § 311 b Abs. 1 S. 2	51
2. Heilung gemäß § 518 Abs. 2	51
III. Die Unzulässigkeit, sich auf den Formmangel zu berufen	51
1. Die unzulässige Rechtsausübung wegen Existenzgefährdung	51
2. Die unzulässige Berufung auf den Formmangel wegen eines schweren Treueverstosses	52
a) Die schuldhafte Verhinderung des formgerechten Abschlusses	52
b) Treuwidriges Verhalten bei Durchführung des Vertrags	53
D. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	54
I. Die nach der h.A. gültige Andeutungstheorie	54
II. Die Falschbezeichnung bei formbedürftigen Verpflichtungsverträgen	54
Fall 3: Mitverkaufte Parzelle	55
III. Die Vermutung der Vollständigkeit und Richtigkeit	56
■ Zusammenfassende Übersicht: Das formbedürftige Rechtsgeschäft	57
4. Abschnitt: Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach erfolgter Anfechtung ...	58
A. Überblick	58
B. Die Zulässigkeit der Anfechtung von Willenserklärungen	59
I. Die gesetzlichen Sonderregelungen	59
II. Gründungs- und Beitrittserklärungen	59
III. Fingierte Willenserklärungen und Rechtsscheinstatbestände	60
C. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 1	60
I. Überblick	60
1. Die Nichtübereinstimmung zwischen Erklärung und dem mit der Erklärung Gewollten	60
2. Die unbewusste Nichtübereinstimmung	61
II. Der Irrtum über den Inhalt der abgegebenen Willenserklärung	62
1. Der Irrtum über den für das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts erforderlichen Inhalt	62
a) Der Erklärende will mit einer anderen Person das Rechtsgeschäft tätigen	62
b) Der Erklärende wollte mit seiner Erklärung ein anderes Rechts- geschäft als das tatsächlich abgeschlossene tätigen	63
Fall 4: Geschenk, gekauft?	63
c) Der Erklärende wollte ein Rechtsgeschäft über einen anderen Gegenstand tätigen	66
d) Irrtum bei der Erklärung über das Entgelt	66
e) Der Irrtum beim einseitigen Rechtsgeschäft	67
2. Der Irrtum über Rechtsfolgen	67
3. Der Kalkulationsirrtum	68
a) Interner Kalkulationsirrtum	69
Fall 5: Berechnungsfehler der EDV-Anlage	69
b) Externer (offener) Kalkulationsirrtum	72

4. Der Irrtum bei der invitatio ad offerendum	74
Fall 6: Automatisierte Erklärungen	74
■ Zusammenfassende Übersicht: Anfechtung gemäß § 119 Abs. 1	77
D. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 2	78
I. Die Regelung des Irrtums über Eigenschaften der Sache	78
1. Anwendbarkeit des § 119 Abs. 2	78
a) Vorrang des Gewährleistungsrechts	78
b) Vorrang des § 313 beim Doppelirrtum	79
2. Sache	80
3. Der Eigenschaftsbegriff	80
a) Gegenwärtige Merkmale	81
b) Wertbildende Merkmale	81
c) In der Sache selbst begründet	81
4. Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaft	82
5. Der Eigenschaftsirrtum beim Gattungskauf	82
II. Der Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften der Person gemäß § 119 Abs. 2	83
1. Die Person	83
2. Die Eigenschaften der Person	84
3. Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaften der Person	84
■ Zusammenfassende Übersicht: Anfechtung gemäß § 119 Abs. 2	86
E. Der Anfechtungsgrund gemäß § 120	87
F. Der Anfechtungsgrund gemäß § 123	88
I. Die Voraussetzungen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	89
1. Die – rechtswidrige – Täuschungshandlung	89
2. Die Ursächlichkeit zwischen Täuschungshandlung bzw. Irrtum und abgegebener Willenserklärung	91
3. Die Arglist	91
II. Unzulässigkeit der Anfechtung, wenn ein Dritter getäuscht hat	92
Fall 7: Treuherzige Eheleute	92
III. (Gewährleistungs-)Ansprüche des arglistig Getäuschten	94
Fall 8: Bagateltschaden?	94
IV. Die widerrechtliche Drohung	98
1. Drohung	98
2. Widerrechtlichkeit	98
Fall 9: Bedrohte Ehefrau	100
■ Zusammenfassende Übersicht: Anfechtung gemäß § 123	102
G. Die Durchführung der Anfechtung und die dadurch ausgelösten Rechtsfolgen	103
I. Die wirksame Ausübung der Anfechtung	103
1. Anfechtungsberechtigung	103
2. Anfechtungserklärung	103
3. Die Anfechtungserklärung muss fristgerecht erfolgen.	104

4. Die Anfechtung darf nicht ausgeschlossen sein.	104
II. Die Rechtsfolgen der Anfechtung	105
1. Die Nichtigkeit der Willenserklärung gemäß § 142 Abs. 1	105
2. Die Ansprüche nach wirksamer Anfechtung	107
■ Zusammenfassende Übersicht: Anfechtung gemäß § 119 ff.	108
5. Abschnitt: Die Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung	109
A. Die Teilnichtigkeit gemäß § 139	109
I. Voraussetzungen des § 139	109
1. Einheitliches Rechtsgeschäft	109
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	110
II. Rechtsfolge der Teilnichtigkeit	110
B. Die Umdeutung gemäß § 140	111
C. Die Bestätigung gemäß § 141	112
2. Teil: Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)	114
1. Abschnitt: Der Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	114
A. § 310 Abs. 4	114
B. Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	115
I. Die Vertragsbedingung	115
II. Vorformuliert für eine Vielzahl von Fällen	116
III. Stellen bzw. Aushandeln	116
2. Abschnitt: Einbeziehung der AGB als Vertragsbestandteil	118
A. Die Einbeziehung gegenüber Privatpersonen	119
I. Einbeziehung gemäß § 305 Abs. 2	119
II. Einbeziehung durch Rahmenvereinbarung	120
B. Die Einbeziehung gegenüber Unternehmern	120
I. Die Hinweispflicht	120
II. Die Möglichkeit der Kenntnisnahme durch den Unternehmer	121
C. Einbeziehung in besonderen Fällen gemäß § 305a	121
D. Vorrang der Individualvereinbarung (§ 305b)	121
E. Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1)	122
3. Abschnitt: Die Auslegung und Inhaltskontrolle	123
A. Die Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen in den AGB	123
I. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	123
II. Die Unklarheitenregel des § 305c Abs. 2	123
B. Die Inhaltskontrolle gemäß §§ 307 bis 309	124
I. Ausschluss der Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 3	124
1. Abweichung oder Ergänzung von Rechtsvorschriften	124
2. Transparenzgebot	126
II. Die Inhaltskontrolle gemäß § 309	126
III. Die Inhaltskontrolle gemäß § 308	128
IV. Die Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 1 und 2	129

1. Die Unangemessenheit im Fall des § 307 Abs. 2 Nr. 1	129
2. Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 2 Nr. 2	130
Fall 10: Waschschäden	131
3. Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 1	132
V. Die Inhaltskontrolle im unternehmerischen Bereich	133
4. Abschnitt: Die Rechtsfolgen der Unwirksamkeit einer Vertrags-	
bestimmung, § 306	134
A. Nicht einbezogene oder unwirksame Vertragsbestimmungen	134
B. Die Rechtsfolgen bei widersprechenden AGB	135
Fall 11: AGB im Widerspruch	136
C. Die Verbandskontrolle nach dem Unterlassungsklagengesetz	138
Fall 12: Die Garantiekarte	138
■ Zusammenfassende Übersicht: Allgemeine Geschäftsbedingungen	141
3. Teil: Fristen, Termine, Verjährung	142
1. Abschnitt: Fristen und Termine	142
A. Fristen	142
B. Termine	143
2. Abschnitt: Verjährung	143
A. Überblick	143
B. Regelverjährung	144
I. Fristbeginn	144
II. Höchstfristen gemäß § 199 Abs. 2–4	145
C. Andere Verjährungen	145
D. Vereinbarungen über die Verjährung (§ 202)	146
E. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	146
I. Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen (§ 203)	147
II. Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung (§ 204)	147
III. Neubeginn der Verjährung	148
F. Übergangsvorschrift (Art. 229 § 6 EGBGB)	148
I. Die Verjährungsfristen	148
II. Beginn, Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	149
Stichwortverzeichnis	151